



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

14. September 2020

Afghanistan

COVID-19-Pandemie

Infektionen werden aus allen 34 Provinzen gemeldet. Am stärksten betroffen ist weiterhin Kabul, gefolgt von Herat, Balkh, Kandahar und Nangarhar (Stand: 13.09.20). Wohl aus Furcht vor Ansteckungen wurde ein allgemeiner Rückgang von 30 bis 40 % bei der Inanspruchnahme wesentlicher Gesundheitsdienste festgestellt.

Lebenshaltungskosten

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stellt in ihrem landesweiten wöchentlichen Marktpreisbulletin für die erste Septemberwoche (Stand: 02.09.20) keine wesentlichen Preisänderungen gegenüber der Vorwoche fest. Allerdings sind fast alle Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel deutlich höher als vor Corona (Daten vom 14.03.20). Der Verdienst für ungelernete Arbeitskräfte liegt zwischen 300 und 400 AFG pro Tag. Die Anzahl der Tage pro Woche, an denen Arbeit zur Verfügung steht, liegt zwischen zwei (Kabul) und sechs (Bamyan).

Friedensgespräche

Am 12.09.20 trafen in Doha (Qatar) erstmals Delegationen der afghanischen Regierung und der Taliban zusammen, um über eine Friedenslösung zu verhandeln. Erste Priorität haben Gespräche über einen Waffenstillstand. In den Eröffnungsvorträgen würdigte Abdullah Abdullah als Leiter der Regierungsdelegation die bisher erreichten und in der Verfassung verankerten Errungenschaften und Mullah Baradar wiederholte für die Taliban, dass es in Afghanistan eine „islamische Ordnung“ geben müsse.

Anschläge, Kampfhandlungen, zivile Opfer

Trotz der anstehenden Friedensverhandlungen gab es noch bis zum 12.09.20 Angriffe der Taliban in 18 Provinzen, die schwersten in Balkh, Jawzjan, Faryab, Ghor, Badghis, Herat, Ghazni und Uruzgan. Nach Recherchen der New York Times starben im September (Stand: 11.09.20) bei sicherheitsrelevanten Vorfällen in unterschiedlichen Provinzen 81 Pro-Regierungskräfte und 65 Zivilisten zumeist bei Anschlägen der Taliban.

Ein schwerer Anschlag ereignete sich am 09.09.20 in Kabul, als der Konvoi des Vizepräsidenten Amrullah Saleh im 4. Polizeidistrikt (Taimani-Platz) angegriffen wurde. Dabei wurden mindestens zehn Zivilisten getötet und 15 weitere Personen verletzt, darunter einige Leibwächter von Saleh. Der Vizepräsident selbst blieb unverletzt. Die Taliban bestreiten eine Beteiligung.

Albanien

Kritisieretes Mediengesetz vor Inkrafttreten

Laut aktuellen Medienberichten warnen 15 Organisationen der albanischen Zivilgesellschaft davor, dass die Regierungsmehrheit von Premierminister Edi Rama die Absicht habe, ein bereits im Dezember 2019

verabschiedetes Gesetz nun unverändert in Kraft zu setzen. Damals hatte Präsident Ilir Meta wegen Bedenken hinsichtlich der Verfassungskonformität und Vereinbarkeit des Gesetzes mit internationalen Konventionen das Unterzeichnen des Gesetzes verweigert. Daraufhin erklärte die Regierung von Edi Rama, eine Stellungnahme der Venedig-Kommission des Europarats einholen und abwarten zu wollen. Diese kam im Juni 2020 zu dem Ergebnis, das Gesetz solle so nicht verabschiedet werden, denn es würde einen abschreckenden Effekt (wörtlich „chilling effect“) hinsichtlich freier Diskussionen und politischen Meinungsäußerungen auf albanischen Webseiten haben. Das Gesetz zur Stärkung der Albanischen Medienbehörde (Albanian Media Authority, AMA), Teil eines „Anti-Diffamierung-Pakets“, soll laut Regierung unverantwortliches Verhalten im Internet verhindern, etwa das Verbreiten schädlicher Gerüchte oder verleumderische Angriffe auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Indien/ China

Ladakh: Verständigung auf Truppenabzug

Am Rande des Außenministertreffens der Shanghai Kooperationsorganisation (SCO) am 10.09.20 in Moskau verständigten sich indische und chinesische Regierungsvertreter auf einen schrittweisen Truppenabzug an der zwischen beiden Ländern umstrittenen Grenzlinie im Himalaya, um die Situation weiter zu deeskalieren und auf diplomatischem Weg eine Lösung für die Grenzfrage zu suchen.

Iran

Vollstreckung des Todesurteils gegen Navid Afkari

Trotz internationaler Proteste war das Todesurteil gegen den 27-Jährigen Ringer Navid Afkari nach iranischen Behördenangaben am 12.09.2020 im Gefängnis Adel-Abad in der südiranischen Stadt Schiras vollstreckt worden. Laut Justiz soll der Sportler bei einer Demonstration 2018 in Schiras einen Sicherheitsbeamten getötet haben. Die Familie des Getöteten habe zudem das im islamischen Recht verankerte Prinzip der Vergeltung (Blutrache) gewählt. Mehreren Medienberichten zufolge soll das Geständnis Afkaris durch Folter erzwungen worden sein.

Menschenrechtsorganisationen und Vertreter aus Politik und Sportverbänden drängten im Vorfeld auf das Einlenken der iranischen Staatsführung und forderten auch das Internationale Olympische Komitee (IOC) auf, den Druck auf den Iran zu erhöhen. Diese wies die Kritik aus dem Ausland als Einmischung in innere Angelegenheiten zurück. Laut Medienberichten blieben zuletzt gesammelte Spenden aus der Bevölkerung in Schiras als Ausgleichszahlung für die Familie des Opfers (Blutgeld) ebenfalls erfolglos.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) bezeichnete die Hinrichtung Afkaris als Folge eines unfairen Prozesses und forderte sofortige internationale Maßnahmen. Medienberichten zufolge wurde Afkari unter strengen Sicherheitsvorkehrungen in der Nacht zum 13.09.20, unter Ausschluss der Öffentlichkeit sowie seiner Familie, beerdigt.

Ein geplanter Besuchstermin des iranischen Außenministers Javad Zarif für diese Woche in Berlin wurde Medienberichten zufolge bis auf Weiteres verschoben.

Sorge um Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh

In Irans Gefängnissen breitet sich das Coronavirus aus, doch politische Gefangene bleiben in Haft. Mit einem Hungerstreik protestiert die inhaftierte Juristin Nasrin Sotoudeh (58) gegen die Haftbedingungen. Ihr Gesundheitszustand hat sich nach Angaben ihrer Familie in den vergangenen Tagen rapide verschlechtert. Die international mit Preisen geehrte Anwältin ist seit mehr als zwei Jahren im Evin-Gefängnis in Teheran inhaftiert. Am 11.08.20 trat sie in einen Hungerstreik. Zuletzt wurde sie im Juni 2018 verhaftet und neun Monate später zu 38 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt. Ihr werden Verstöße gegen die nationale Sicherheit und „Ermutigung zu Prostitution“ vorgeworfen, da sie Frauen verteidigt hatte, die an den Protesten gegen den Kopftuchzwang teilgenommen hatten.

RoG: Staatliche Verfolgung von Journalisten wächst

Die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen (RoG) wendete sich mit einem Statement vom 08.09.20 an den UN-Menschenrechtsrat und fordert diesen auf, sich für iranische Journalisten, die in den vergangenen Monaten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, einzusetzen.

Nach Darstellung von RoG haben die Unruhen der vergangenen zwei Jahre, in deren Verlauf Teile der Bevölkerung immer wieder auf der Straße gegen Missstände protestierten, zu dieser Verschärfung beigetragen. „Zahlreiche Journalisten unterliegen einer Zensur, werden bedroht, festgenommen und bereits während eines Strafverfahrens in Einzelhaft mit psychischer Gewalt konfrontiert.“ Beispielhaft werden in dem Bericht fünf aktuelle Fälle von Journalisten geschildert, die zu mehrjährigen Haftstrafen führten. Iran steht im neuesten World Press Freedom Index an 173. Stelle von 180 Ländern.

Israel/ Palästinensische Autonomiegebiete

COVID-19-Pandemie

Der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 08.09.20 zufolge wird für die Palästinensischen Autonomiegebiete ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 3 bis 4,5 % vorhergesagt. Primärer Grund dafür seien die Folgen des pandemiebedingten Lockdowns.

Die Arbeitslosigkeit betrug schon im vorausgegangenen Jahr 33 % und Einnahmen der Autonomiebehörde durch Spendengelder aus dem Ausland belaufen sich UNCTAD zufolge auf dem niedrigsten Stand seit mehr als einem Jahrzehnt. Einkünfte durch Handel, Tourismus und individuelle Überweisungen von im Ausland tätigen Palästinensern befänden sich auf dem niedrigsten Stand seit mehr als 20 Jahren.

Bis zum 08.09.20 wurden in den gesamten Autonomiegebieten mehr als 35.000 Infektionen und 215 Todesfälle im Zusammenhang mit COVID-19 registriert.

Jemen

Houthis rekrutieren männliche und weibliche Jugendliche

Die Vereinten Nationen (UN) haben festgestellt, dass die Houthi-Rebellen mindestens 24 Mädchen im Alter von 13 bis 17 Jahren rekrutiert haben. Die Mädchen wurden als Spioninnen, Wachen, Sanitäterinnen, zur Rekrutierung anderer Kinder oder für eine spezielle weibliche Kampftruppe eingesetzt.

Auch Jungen ab sieben Jahren wurden rekrutiert. Dies geschah häufig in Schulen, armen städtischen Gebieten oder Haftanstalten.

Die Kinder werden entweder entführt oder die Houthis nutzen finanzielle Anreize, Indoktrination oder Überzeugungsarbeit von Gleichaltrigen, um Kinder zu rekrutieren.

Acht Millionen Kinder gehen nicht zur Schule

Nach Angaben des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen (UNICEF) gehen acht Millionen jemenitische Kinder nicht zur Schule. Vor dem Ausbruch des Coronavirus lag die Zahl bei etwa zwei Millionen. Jede achte Schule ist unbrauchbar, weil sie entweder im Konflikt zerstört wurde oder für militärische Zwecke, als Zufluchtsort für Binnenflüchtlinge oder als Isolationszentrum für mutmaßliche Coronavirus-Patienten genutzt wird.

Houthis verbieten humanitäre Flüge

Seit dem 09.09.20 sind humanitäre Flüge und Flüge der UN auf dem Flughafen von Sanaa durch die Houthi-Rebellen verboten. Seit diese 2014 die Kontrolle über Sanaa übernommen haben, waren nur noch solche Flüge auf dem Flughafen erlaubt. Die Rebellengruppe macht die Blockade der von Saudi-Arabien geführten Koalition und den daraus resultierenden Treibstoffmangel für die Aussetzung verantwortlich.

Houthis konfiszieren und zerstören Eigentum

Am 06.09.20 entschied ein Houthi-Gericht in Sanaa, dass die Besitztümer von 75 prominenten Militäroffizieren der Regierungstruppen beschlagnahmt werden sollen.

Die Houthis haben Berichten zufolge seit dem Kriegsausbruch Hunderte von Häusern zerstört, die vermeintlichen Oppositionellen gehörten. Dies war insbesondere in den Gouvernements Taizz, al-Bayda und Ibb der Fall.

Luftangriffe auf die Hauptstadt Sanaa

Die von Saudi-Arabien geführte Koalition führte am 13.09.20 elf Luftangriffe auf Houthi-Stützpunkte in der Hauptstadt Sanaa durch. Die Angriffe wurden in der Nähe des Flughafens sowie in zentralen und nördlichen Teilen der Stadt durchgeführt.

Kolumbien

Erneut ehemalige FARC-Mitglieder getötet

Am letzten August-Wochenende 2020 starben laut Medienberichten drei ehemalige Angehörige der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo (FARC–EP bzw. nur FARC) eines gewaltsamen Todes, darunter Jorge Iván Ramos. Der auch Mario Morales genannte Ex-Guerillero war Mitglied der Führung der Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común, einer ebenfalls als FARC abgekürzten Partei und Nachfolgeorganisation der FARC–EP. Ramos war Unterstützer des Friedensabkommens zwischen der FARC–EP und der kolumbianischen Regierung vom November 2016 und stimmte im Zusammenhang mit den damaligen Verhandlungen auch der Demobilisierung der Guerillaorganisation zu. Zuletzt war er Beauftragter für die Umsetzung eines in diesen Verhandlungen beschlossenen Programms, bei dem Bauern Alternativen zum Anbau von Kokapflanzen angeboten werden. Ausweislich Medienberichten werden mutmaßlich für seinen Tod Kämpfer der noch aktiven Guerilla Ejército de Liberación Nacional (ELN) verantwortlich gemacht, während die beiden anderen Ende August 2020 getöteten Ex-FARC–EP-Mitglieder Opfer paramilitärischer Gruppierungen geworden sein sollen. Beobachter zählten seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens Tötungen von inzwischen weit über 200 ehemaligen Guerillakämpfern. Das Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz (INDEPAZ) meldet, dass allein seit Jahresbeginn mehr als 40 ehemalige FARC–EP-Angehörige umgebracht wurden, die das Friedensabkommen von 2016 ausdrücklich mitgetragen hatten.

Tote bei Protesten gegen Polizeigewalt

Bei mehrtägigen Protesten gegen Polizeigewalt und staatliche Repression hat es ab 09.09.20 in kolumbianischen Städten Tote und Verletzte gegeben. In der Hauptstadt Bogotá griffen Demonstranten laut Medienberichten Polizeiwachen und Banken an, warfen Steine und Brandbomben und blockierten Straßen. Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen seien mindestens zehn Personen ums Leben gekommen. Medien berichteten unter Berufung auf Angaben von Bogotás Bürgermeisterin, Claudia López, dass in der Hauptstadt mehr als 390 Zivilisten und Polizisten verletzt worden seien. Über 50 Polizeiwachen, Dutzende Autos und Busse, Geschäfte und Banken seien beschädigt und teilweise in Brand gesteckt worden. Die Polizei setzte Tränengas und Blendgranaten ein. Auch in anderen Städten, darunter Medellín und Cali, kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen. Auslöser der Proteste war der gewaltsame Tod eines Rechtsanwalts im Zusammenhang mit einer Polizeikontrolle in Bogotá am 08.09.20.

Libanon

Untersuchungen zur Explosionskatastrophe

Am 08.09.20 wurden der zum Zeitpunkt der Katastrophe amtierende Transportminister sowie die Präsidenten zweier Sicherheitsbehörden zur Befragung durch das ermittelnde Gericht vorgeladen.

Tote bei versuchter Festnahme

Am 14.09.20 wurden bei einem versuchten Zugriff auf einen gesuchten Terrorverdächtigen drei libanesische Soldaten getötet und ein weiterer verletzt. Den Soldaten wurde angeblich mit Gewehr- und Granatfeuer begegnet. Laut Medienberichten gibt es eventuell einen Zusammenhang mit der Ermordung zweier Polizisten und des Sohnes eines Bürgermeisters am 31.08.20 in der Region.

Proteste

Weiterhin kommt es zu Protesten gegen und in geringerem Maße für die Regierung. Am 12.09.20 kam es zum Aufeinandertreffen zweier Gruppen in der Nähe des Präsidentenpalastes. Sicherheitskräfte trennten die Lager, zeitweilig kam es zu Steinwürfen und dem Einsatz von Gummigeschossen, es wurden allerdings keine schweren Verletzungen gemeldet.

COVID-19-Pandemie

Der Libanon sieht seit der Explosionskatastrophe vom 04.08.20 einen erheblichen Anstieg neuer Fälle. Derzeit werden täglich rund 700 Neuinfektionen gemeldet bei einer Gesamtbevölkerung, die auf etwa sieben Millionen geschätzt wird. Die erheblichen Schäden an mehreren Krankenhäusern Beiruts (in Beirut lebt etwa ein Viertel der Einwohner des Libanon) sowie die Zerstörung erheblicher Mengen an Wohnraum, die zu deutlich weniger Möglichkeiten zum social distancing geführt haben, werden hierfür als mit wesentlich angesehen.

Montenegro

Siegreiche Parteienbündnisse einigen sich auf pro-europäischen Kurs

Die drei bei den Parlamentswahlen in Montenegro vom 30.08.20 siegreichen Oppositionsbündnisse haben sich laut aktuellen Medienberichten in einer Koalitionsvereinbarung für die künftige gemeinsame Regierung auf die Beibehaltung eines pro-europäischen und pro-westlichen Weges geeinigt. Zdravko Krivokapic, Vorsitzender des pro-serbischen Blocks „Für die Zukunft Montenegros“ (27 Sitze), Aleksa Becic, Führerin des Blocks „Frieden ist unsere Nation“ (10 Sitze) und Dritan Abazovic, Vorsitzender der Koalition „Schwarz auf Weiß“ (4 Sitze) versprachen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 09.09.20, die Anerkennung des Kosovo nicht zurückzuziehen, die nationalen Symbole des Staates nicht zu ändern sowie alle derzeitigen internationalen Verpflichtungen, einschließlich der Mitgliedschaft in der NATO, einzuhalten. Laut Becic ändere sich der bisherige außenpolitische Kurs Montenegros damit nicht, sondern werde gestärkt. Abazovic zufolge werde die künftige neue Regierung neben der Schwerpunktsetzung im Bereich Wirtschaft und Europäische Integration wichtige staatliche Institutionen entpolitisieren, um einen kompromisslosen Kampf gegen Kriminalität und Korruption zu gewährleisten. Laut Krivokapic werde man darüber hinaus das sogenannte Gesetz zur Religionsfreiheit zurückziehen, welches zu erheblichen Spannungen zwischen dem Staat und der serbischen Gemeinschaft sowie der serbisch-orthodoxen Kirche und zu Massendemonstrationen geführt hatte.

Myanmar

Soldaten beschreiben Massaker an Rohingya

In von der Rebellenorganisation Arakan Army aufgenommenen Videos schildern zwei Soldaten der myanmarischen Streitkräfte, wie sie 2017 auf Befehl ihrer Vorgesetzten in Dörfern der Rohingya im Rakhine State Massaker verübten, die Opfer in Massengräbern begruben und Rohingya-Dörfer niederbrannten. Die Aussagen der Soldaten stützen Berichte geflohener Rohingya über derartige Vorfälle. Die beiden Soldaten flohen im August 2020 aus Myanmar nach Bangladesch. Die Soldaten wurden am 07.09.20 an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag überstellt. Er ermittelt gegen das myanmarische Militär wegen mutmaßlicher Verbrechen im Zusammenhang mit der Vertreibung der Rohingya.

2017 starben laut Ärzten ohne Grenzen mindestens 6.700 Menschen, als das myanmarische Militär gewaltsam mehr als 700.000 Rohingya aus ihren Dörfern im Rakhine State in das benachbarte Bangladesch vertrieb, wo sie seitdem nahe der Grenze in einem Lager leben. Nach UN-Angaben wurden zwischen 2017 und 2019 etwa 200 Rohingya-Dörfer im Rakhine State zerstört.

Nigeria

Bundesstaat Kaduna: Kastration als Strafe für Vergewaltigung

Am 09.09.20 beschloss das Parlament des nördlichen Bundesstaates Kaduna eine Strafgesetzverschärfung, wonach gegen verurteilte Vergewaltiger von Kindern unter 14 Jahren vom Gericht als Strafmaßnahme eine operative Kastration angeordnet werden kann. Die Höchststrafe wegen Vergewaltigung liegt in Kaduna bei 21 Jahren Haft, bei der Vergewaltigung von Kindern bei lebenslanger Freiheitsstrafe. Das Gesetz muss zur Wirksamkeit noch vom Gouverneur von Kaduna unterzeichnet werden.

Nordmazedonien

Rückkehrer aus IS-Gebieten unter Terrorverdacht festgenommen

Laut aktuellen Medienberichten haben Sicherheitsbeamte in Zusammenarbeit mit der Nationalen Sicherheitsagentur und der Staatsanwaltschaft für Organisierte Straftaten am 01.09.20 drei mutmaßliche IS-Sympathisanten und Rückkehrer aus Konfliktgebieten des Nahen Ostens festgenommen. Laut Angaben des Innenministeriums würden die drei Personen, die alle Staatsangehörige Nordmazedoniens seien und schon einmal Haftstrafen für frühere Verbrechen verbüßt hätten, aus der nordöstlichen Stadt Kumanovo stammen. Sie stünden unter Terrorverdacht, da die Polizei bei ihrer Festnahme Schusswaffen, Munition, Handgranaten, taktische Westen, eine Flagge mit arabischen Buchstaben sowie einen Vorrat an Sprengstoff beschlagnahmt hätte. Der Leiter der Nationalen Sicherheitsagentur Nordmazedoniens, Viktor Dimovski, habe Journalisten darüber informiert, dass die in einem Waffenlager im Dorf Biljanovce in der Nähe von Kumanovo gefundenen Waffen und Sprengstoffe nach ersten Informationen für Terroranschläge auf Institutionen in Nordmazedonien vorgesehen gewesen seien.

Pakistan

Christ wegen Blasphemie verurteilt

Am 08.09.20 verurteilte ein Gericht in Lahore, Punjab, einen Christen wegen Blasphemie zum Tod. Der Mann soll den muslimischen Propheten Mohammed in Textnachrichten beleidigt haben. Amnesty International (AI) forderte im August 2020 wegen der Zunahme von Blasphemieanschuldigungen die Aufhebung der entsprechenden Gesetze, die zumeist religiöse Minderheiten und marginalisierte Gesellschaftsgruppen trafen.

Situation von Frauen in Balochistan

Am 08.09.20 äußerten Organisationen aus der Zivilgesellschaft wegen der zunehmenden Sterblichkeitsrate von Frauen in der Provinz Balochistan Besorgnis über deren dortige Lage. Kritisiert wurde die gesellschaftliche und staatliche Diskriminierung, wie etwa mangelnder Zugang zu Bildung und die existierenden Hürden bei der Ausstellung von Identitätsdokumenten.

Russische Föderation

Unregelmäßigkeiten bei Regionalwahlen

Überschattet vom Giftanschlag auf den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny und der Corona-Krise haben in Russland Regionalwahlen stattgefunden. Am Hauptwahntag des 13.09.20 gaben Bürger in 41 Regionen des Landes ihre Stimme ab, in vier Nachwahlen wurde außerdem über die Vergabe von Sitzen im russischen Parlament abgestimmt. Insgesamt gab es mehr als 9.000 verschiedene Wahlen auf unterschiedlichen Ebenen. Die Abstimmung zog sich dabei seit 11.09.20 teilweise über drei Tage hin.

Nach den ersten Ergebnissen in der Nacht zum 14.09.20 deutete sich an, dass die Partei von Präsident Putin, Einiges Russland, ihre Mehrheit erwartungsgemäß behauptet hat. In einigen Regionen wie in Tscheljabinsk am Ural zeichnete sich ab, dass künftig mehr Parteien in örtlichen Parlamenten sitzen könnten. Nach vorläufigen Angaben haben zwei Mitarbeiter des russischen Oppositionspolitikers Nawalny in der sibirischen Großstadt Tomsk zwei Stadtratsmandate errungen, während die Kremlpartei Einiges Russland in Tomsk Verluste hinnehmen musste und nur noch knapp 25 % der Stimmen erreichte.

Beobachtern zufolge gab es in vielen Wahllokalen Unregelmäßigkeiten. Laut der unabhängigen Wahlbeobachtungsgruppe Golos seien bereits mehr als 1.000 Meldungen über mögliche Verstöße eingegangen. Wahlbeobachter hätten über Behinderungen ihrer Arbeit und Wahlfälschungen berichtet. Es sei dabei auch Gewalt angewendet worden und es gebe Berichte über Wahlzwang und Bestechung aus vielen Regionen.

Somalia

Angriffe

Am 11.09.20 sprengte sich ein al-Shabaab-Selbstmordattentäter nach dem Freitagsgebet vor einer Moschee in Kismayo in die Luft. Es wurden sechs Tote und 20 Verletzte gemeldet. Unter den Toten war auch der Vorsitzende der Handelskammer von Jubaland, von dem vermutet wird, Ziel des Anschlags gewesen zu sein.

Am 10.09.20 explodierte eine Landmine in der Nähe eines Teeladens in der Grenzstadt Elwak in der Region Gedo. Berichten zufolge wurden zwei Zivilisten getötet, drei oder vier Personen wurden verletzt.

Am 09.09.20 sprengte sich ein al-Shabaab-Selbstmordattentäter in einem Restaurant in Mogadischu in die Luft. Drei Menschen wurden getötet, darunter ein Kind. Sieben Menschen wurden verwundet.

Am 08.09.20 wurden sowohl Polizeibeamte als auch al-Shabaab-Kämpfer getötet, als al-Shabaab eine Polizeistation in der Stadt Balcad in der Region Middle Shabelle angriff. Auch mehrere Zivilisten wurden verletzt.

Am 07.09.20 wurden bei einem Autobombenanschlag auf einen Militärstützpunkt im Dorf Jana Abdalla, etwa 60 km von Kismayo entfernt, somalische Soldaten getötet und ein amerikanischer Militärberater schwer verwundet.

Sudan

Notstand wegen Überschwemmungen ausgerufen

Die Regierung hat am 07.09.20 den Sudan zum Naturkatastrophengebiet erklärt und für drei Monate einen landesweiten Notstand ausgerufen. Starke Regenfälle haben schwere Überschwemmungen ausgelöst und Auswirkungen auf das Leben von 500.000 Menschen. Mindestens 100 Menschen sollen bislang getötet und mehr als 100.000 Häuser beschädigt oder zerstört worden sein. Es soll sich um eine der schwersten Naturkatastrophen in dem Land seit Jahrzehnten handeln.

Syrien

Pläne für Wirtschaftsabkommen mit Russland

Der russische Vizeministerpräsident Juri Borissow erklärte am 07.09.20 bei seinem Besuch in Damaskus, dass Russland und Syrien beabsichtigten, ein Wirtschaftsabkommen zur Umgehung der US-Sanktionen abzuschließen. Diese Vereinbarung solle 40 neue Projekte im Energiesektor, den Wiederaufbau mehrerer Elektrizitätswerke und Offshore-Ölförderung betreffen. Er rechne damit, die Vereinbarung bei einem nächsten Besuch im Dezember 2020 zu unterzeichnen.

Türkei

COVID-19 Maßnahmen

Nach Angaben der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu verkündet die Regierung am 08.09.20 die landesweite Maskenpflicht. Sie gelte für alle 81 Provinzen und betreffe fast alle öffentlichen Bereiche wie Straßen, Parks, öffentliche Gartenanlagen, Picknick-Plätze, Fabriken und den Arbeitsplatz. Zudem seien auch ausdrücklich öffentliche Strände von dieser Regelung betroffen. An Hotelstränden muss jedoch keine Maske getragen werden. Bildungsminister Ziya Selcuk erklärte am 09.09.20, dass es wegen der anhaltenden COVID-19-Pandemie vorerst nur für Vorschulkinder und Erstklässler normalen Klassen-Unterricht geben werde. Für die älteren Schüler bzw. höheren Klassen werde Online-Unterricht fortgesetzt. Eigentlich sollten am 21.09.20 für alle Kinder und Jugendlichen die Schulen wieder öffnen.

Journalisten wegen Geheimnisverrats verurteilt

Am 09.09.20 verurteilte ein Gericht in Istanbul nach Medienberichten fünf Journalisten u.a. wegen Verrats von Staatsgeheimnissen zu mehrjährigen Haftstrafen. Unter ihnen auch den Chefredakteur der türkischen oppositionellen Online-Plattform Oda TV, Baris Pehlivan, der zu drei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Den Journalisten wurde vorgeworfen, die Identität eines in Libyen getöteten Mitarbeiters des türkischen Geheimdienstes MIT preisgegeben und damit Staatsgeheimnisse verraten zu haben. Oda TV hatte die Vorwürfe

zurückgewiesen und erklärt, die Identität des Mannes sei bereits bekannt gewesen. Die Journalistin Hülya Kilinc erhielt die gleiche Strafe wie Pehlivan. Der Kolumnist der türkischen Zeitung Yenicag, Murat Agirel, wurde zu einer Haftstrafe von vier Jahren und acht Monaten verurteilt. Alle drei befanden sich seit März 2020 in Untersuchungshaft und wurden nach dem Urteil unter Auflagen freigelassen. Das Gericht verhängte zudem Haftstrafen von vier Jahren und acht Monaten gegen zwei Journalisten der pro-kurdischen Zeitung Yeni Yasam, Ferhat Celik und Aydin Keser, da sie die Identität von zwei MIT-Mitarbeitern enthüllt hätten. Die Staatsanwaltschaft hatte Strafen von bis zu 19 Jahren Gefängnis gefordert. Die Angeklagten erklärten, sie hätten sich lediglich als Journalisten betätigt.

Festnahmen von ESP-Mitgliedern

Am 08.09.20 fanden nach Medienberichten in mehreren Städten in der Türkei Razzien gegen die HDP-Mitgliedsparterie Sozialistische Partei der Unterdrückten (ESP) statt. Dabei wurden 14 Personen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation festgenommen. Am selben Abend fand in Istanbul-Kadıköy eine Protestaktion gegen die Festnahmen statt.

Tunesien

Anschlag auf Sicherheitskräfte

Bei einem Anschlag auf Sicherheitskräfte am 08.09.20 in Sousse im Osten Tunesiens wurde ein Polizist getötet und ein weiterer verletzt. Drei Angreifer wurden getötet und sieben Personen aus dem Umfeld der Angreifer verhaftet. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag.

Venezuela

Auszahlung eines Bonus für Mitarbeiter im Gesundheitswesen durch Guaidó

Seit dem 10.09.20 erhielten einige tausend Mitarbeiter medizinischer Einrichtungen die erste Tranche von insgesamt drei geplanten Zahlungen à 100 Dollar, was in etwa dem fünffachen Monatsgehalt einer Krankenschwester entspricht. Mehrere anonyme Quellen bestätigten den Eingang des Geldes.

Dies wurde durch die Parallelregierung unter Präsident Juan Guaidó veranlasst, der zwar kaum reale Macht hat, dessen Parteibündnis aber noch das entmachtete Parlament dominiert. Das Geld stammt von Konten der venezolanischen Regierung in den USA, auf die die Regierung Maduro aufgrund der Sanktionen keinen Zugriff hat, die aber Guaidó zur Verfügung gestellt wurden. Allerdings ist bisher unklar, wie die Regierung Maduro auf die Annahme des Geldes reagieren wird. In der ersten Welle wurden v.a. Mitarbeiter in den Grenzstaaten zu Kolumbien wie Maracaibo bedacht, die besonders stark mit der COVID-19-Pandemie befasst sind.

Parallel hat auch die Regierung Maduro in erheblichem Maße medizinische Hilfe aus dem Ausland erhalten, vor allem von Kuba. Der russische Impfstoff Sputnik V soll zudem in Venezuela getestet werden, was allerdings sehr gemischte Reaktionen hervorrief, da die Risiken bisher unklar sind und von medizinischer Seite die Anwendung in der Breite vielfach als verfrüht betrachtet wird.

Weißrussland

Neue Proteste und Hunderte Festnahmen

Mehr als 400 Menschen sind bei den neuen Massenprotesten in der Hauptstadt Minsk am 13.09.20 gegen Staatschef Alexander Lukaschenko festgenommen worden, 250 von ihnen schon vor Beginn des Protestzuges. Das teilte das Innenministerium in der Hauptstadt mit. Insgesamt beteiligten sich allein in Minsk Zehntausende Menschen ungeachtet des Demonstrationsverbots. Die weißrussische Menschenrechtsorganisation Wjasna sprach sogar von mehr als 150.000 Teilnehmern. Die Demokratiebewegung rief diesmal zu einem „Marsch der Helden“ auf, der auch der seit vergangener Woche inhaftierten Oppositionsführerin Maria Kolesnikowa gewidmet sein sollte. Proteste gab es auch in anderen Städten des Landes, darunter in Witebsk und in Grodno, wobei die Polizei in Witebsk massiv gegen die friedlichen Demonstranten vorging.

Seit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom 09.08.20 dauern die Proteste gegen Amtsinhaber Lukaschenko an. Dieser hatte zuletzt die Spitze des Sicherheitsapparats ausgewechselt und ein härteres Durchgreifen gegen die

Demonstranten gefordert. Bei den traditionell am Samstag organisierten Frauenprotesten am 12.09.20 kam es zu schweren Übergriffen gegen Demonstrantinnen durch maskierte Uniformierte ohne Erkennungszeichen. Es gab mehr als 100 Festnahmen.

Lukaschenko hat mehrfach betont, dass er auch nach 26 Jahren im Amt alles tun werde, um an der Macht zu bleiben und wird dabei von Russlands Präsident Putin unterstützt. Der Verfassung nach muss die Amtseinführung innerhalb von zwei Monaten nach der Wahl erfolgen, somit bis spätestens 09.10.20. Lukaschenkos Gegner sehen dagegen die 38-jährige Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja als die Siegerin der Präsidentschaftswahlen.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de